

ERMUTIGEN

AMADEU ANTONIO STIFTUNG № 17 HANDELN FÜR DEMOKRATIE

Lasst uns die Debatte führen

Von Anetta Kahane

Die Wahl Donald Trumps zum Präsidenten der USA ist so etwas wie eine Kriegserklärung an die Grundprinzipien der liberalen Demokratie. Dieser Einschnitt wird auch in Deutschland vieles verändern. Die internationale Rechte hat sich vernetzt und freut sich schon auf den Bundestagswahlkampf. Demagogie, Falschinformation und gezielte Attacken auf alle, die sich für das demokratische Grundrecht der Gleichwertigkeit einsetzen, werden uns beschäftigen. Das nächste Jahr wird anstrengend. Mit dem Hass gegen die Amadeu Antonio Stiftung vom letzten Sommer sind auch alle diejenigen angegriffen worden, die sich für Geflüchtete engagieren oder der Verbreitung von Menschenverachtung entgegenzutreten. Vermutlich wird 2017 in



dieser Hinsicht noch heftiger. Wenn es erst losgeht, finanziell und ideologisch gefüttert von Trumps Unterstützer_innen der Alt-Right-Bewegung, sollten wir weder überrascht noch unvorbereitet sein. Doch wie bereitet man sich auf den Ansturm auf die demokratischen Grundwerte vor, wenn er mit Hass und Häme heranrollt?

Als Bürger_innen, die sich besonders für Menschenrechte einsetzen, ist es unsere Pflicht, aufmerksam und kritisch gegenüber den politischen Entwicklungen zu sein. Doch es ist gefährlich, der Demokratie gegenüber ambivalent zu werden oder gar in Kulturpessimismus zu verfallen. Wollen wir Rechtspopulismus entgegenzutreten, dann müssen wir den demokratischen Rechtsstaat als das Faktische verteidigen, statt mit dem Postfaktischen zu kokettieren! Viele finden es heute witzig oder sonstwie akzeptabel, Dinge zu sagen, von denen wir dachten, sie lägen lange hinter uns: endlich wieder über Weiber lästern, Schwule lächerlich machen, Flüchtlinge zur Plage erklären oder von sagenhaft reichen Juden phantasieren, die aller Menschen Geschicke lenken. Frei nach dem Motto von Woody Allen: »Was wir schon immer über menschliche Abgründe wissen wollten, uns aber nie zu fragen trautes«, lassen sie alles raus. Es gibt nichts Unsagbares mehr, die Dämme gegen das Unzivilisierte sind ohnehin nur was für Loser – so jedenfalls sehen es Leute wie Trump. Doch nach den Erkenntnissen der neuen Mittelstudie ist keineswegs ausgemacht, dass Hass die Stimmung im Land dominiert. Zwar hat sich die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verfestigt, die demokratische Mitte jedoch ist sehr viel breiter geworden. Die grundsätzliche Einstellung zur Aufnahme von Geflüchteten bildet eine deutliche Mehrheit. Auch steht eine große Mehrheit positiv zur Demokratie und mehr als die Hälfte der Deutschen spricht sich explizit gegen den Rechtspopulismus aus, der etwa von einem Viertel der Bevölkerung befürwortet wird. Also: nicht alles ist gut, aber besser, als es sich gerade anfühlt.

Was bedeutet das im nächsten Jahr? Die Polarisierung der Gesellschaft wird sich nicht aufhalten lassen. Deshalb müssen wir lernen, die Debatte zu führen. Debattieren heißt Regeln anzuwenden und trotzdem darüber, was wir wollen oder nicht wollen, klar und deutlich zu streiten. Und: bei aller Kritik demokratisch bleiben trotz Hass und Gewalt. Denn das Gegenteil von Hass ist nicht Liebe, sondern die Fähigkeit zur Debatte. Und das Gegenteil von Rechtsextremismus ist nicht Linksextremismus, sondern demokratische Kultur. Und die geben wir keinesfalls auf, sondern arbeiten lieber daran. Auch 2017.



Zeit, sich warm anzuziehen

Neue Rechte in Deutschland: Der Sturm auf die Demokratie hat erst begonnen

Von Simone Rafael

Amerika hat nun einen rechtspopulistisch agitierenden Präsidenten. An die Macht gekommen ist er nicht trotz, sondern wegen seiner menschenfeindlichen Ausfälle, flankiert von rechtspopulistischen bis rechtsextremen »Meinungs-Medien-Machern«, die bei Niedertracht, Verdrehung und Fake-News viel Professionalität und keine Grenze kennen – und mit Stephen Bannon als Chefstrategie Trumps nun auch ins Weiße Haus einziehen.

Bannons Internetportal »Breitbart News« will nun weiter nach Europa expandieren – und unter anderem die »Alternative für Deutschland« bei der Bundestagswahl 2017 unterstützen. Das wird an rechtspopulistischen Themensetzungen wenig ändern – denn es gibt auch hier reichweitenstarke demokratiefeindliche Portale wie »Politically Incorrect« oder die »Kopp Nachrichten« – wohl aber an der Professionalität der Aufmachung und der Schlagzahl und Schlagkraft der Angriffe auf Demokrat_innen, die sich für Gleichwertigkeit und Minderheitenschutz stark machen. 2017 wird ein schwieriges Jahr für alle, die Deutschland so weltoffen behalten wollen, wie es derzeit ist.

Denn die Neue Rechte und rechtspopulistische Strömungen haben sich hier in den letzten zwei Jahren verblüffend gut aufgestellt. »Pegida« brachte Islamfeindlichkeit, Rassismus und Elitenhass als Eventkultur auf die Straße. Die AfD flankiert und befeuert die Entwicklung als parlamentarischer Arm der Wutbürger und gibt den »Pegida«-Aktivist_innen damit eine politische Perspektive für ihre menschenfeindlichen Positionen. Zugleich radikalisierte sich die Partei mit großer Geschwindigkeit – von konservativ-neoliberalen hin zu völkisch-nationalistischen Positionen, die erst von der AfD-Untergruppe in der »Patriotischen Plattform« eingebracht wurden und in der Partei inzwischen weitreichende Zustimmung erfahren. Zugleich gelang es sowohl der »Pegida«-Bewegung als auch der AfD, das »bürgerliche« Bild zu erhalten, das für ihre Erfolge so entscheidend ist. Denn einige Menschen möchten offenbar rassistisch, islamfeindlich oder homo- und trans*feindlich sein, aber nicht so bezeichnet werden. »Besorgte Bürger«, das geht hingegen.

Dabei ist die praktische und geistige Verbindung zu Rechtsextremismus augenfällig – nicht nur, wenn NPD-Mitglieder offen an Veranstaltungen

teilnehmen. Die »Junge Alternative« schreibt zum Volkstrauertag bei der rechtsextremen Kleinstpartei »III. Weg« ab. Noch fließender wird die Zusammenarbeit, wenn es um die Neue Rechte geht, jene sich intellektuell gebende Spielart des Rechtsextremismus, die lediglich die NS-Verherrlichung aufgegeben hat, um größere Breitenwirkung zu erzielen. Im Vorstand der völkisch-flüchtlingsfeindlichen Organisation »Ein Prozent für unser Land« kommen etwa unter anderem zusammen: der neu-rechte Verleger Götz Kubitschek (»Sezession«, »Institut für Staatspolitik«), Querfront-Publizist Jürgen Elsässer (»Compact-Magazin«) und Dr. Hans-Thomas Till-schneider, Vorsitzender der Patriotischen Plattform (PP) in der AfD. Unterstützt werden sie, auch publizistisch, von der jugendkulturell orientierten »Identitäre Bewegung«.

Bei der »Compact-Konferenz für Meinungsfreiheit« tritt derweil AfD Sachsen-Anhalt-Chef André Poggenburg neben Martin Sellner (»Identitäre Bewegung Österreich«) und Lutz Bachmann (»Pegida«) auf. Auch wenn die Formulierungen in der Neuen Rechten feiner und vermeintlich »bürgerlicher« daherkommen als bei offenen Rechtsextremen – im Endeffekt greift das Handeln all dieser Gruppen Kernelemente unserer Demokratie an: die Gleichwertigkeit aller Menschen, den Schutz von Minderheiten, die Freiheit der Lebensführung für alle, solange sie keine anderen verletzen. Rechtspopulismus und neurechtes Denken sind zutiefst demokratiefeindlich – dies müssen wir in jeder Diskussion nicht nur immer wieder betonen, sondern auch belegen. Damit es auch diejenigen nicht vergessen, die jetzt meinen, einen Vorteil aus rechtspopulistischer Politik ziehen zu können, weil sie vermeintlich nicht zur Gruppe der Betroffenen von Hetze und Gewalt dazugehören.

Die CIVIS-Medienpreisträgerin Simone Rafael ist Chefredakteurin von »Netz gegen Nazis« – der journalistischen Informationsplattform der Amadeu Antonio Stiftung. Die Plattform bietet tagesaktuelle Informationen, Analysen und Presseschauen zu Rassismus, Antisemitismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie Rechtspopulismus und Rechtsextremismus: www.netz-gegen-nazis.de

Ehrung vom Bund deutscher Kriminalbeamter (BdK)

Zur Verleihung des »Bul le mérite« an die Amadeu Antonio Stiftung erklärte der BdK-Vorsitzende André Schulz: »Besonders deutlich war im vergangenen Jahr der Zuwachs bei den rechtsextremistischen Straftaten.« Der Bundesvorstand hat mit Blick darauf beschlossen, den Ehrenorden an die Stiftung zu verleihen. Mit der Auszeichnung sollen Verbündete gesucht werden, um beim Kampf gegen die Kriminalität Verstehen und Verständnis in der Gesellschaft, Politik, Justiz, in den Medien und auch den eigenen Reihen hervorzurufen. »Aufgrund ihrer Aktivitäten stehen die Stiftung und ihre Mitarbeiter im Fokus der rechten Szene und sind Angriffen und Bedrohungen ausgesetzt. Durch eine in diesem Jahr großangelegte Schmutzkampagne rechter Aktivisten wurde und wird versucht, die Arbeit der Stiftung gezielt zu diskreditieren. Ein Grund mehr für uns, sie auszuzeichnen«, so Schulz.

Forschung gegen Menschenfeindlichkeit

Das Thüringer »Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft« hat im August 2016 seine Arbeit in Jena aufgenommen. Die außeruniversitäre Forschungseinrichtung in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung wird durch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit gefördert – auch als Konsequenz des thüringischen NSU-Untersuchungsausschusses. Unter Leitung von Dr. Matthias Quent werden Protestereignisse und demokratiefeindliche Phänomene wissenschaftlich untersucht. Das Institut wird im Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie aus öffentlichen Datenquellen Forschungsprojekte entwickeln, durchführen und die Ergebnisse der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.

Was tun bei Hetze gegen Juden?



Antisemitische Angriffe passieren verbal, schriftlich, in Fotos, Videos oder tätlich. Mit dem Flyer »Zeig Stärke, zeig's an!« bietet die Amadeu Antonio Stiftung einen Überblick über Handlungsmöglichkeiten, um antisemitischen Angriffen etwas entgegenzusetzen.

Die Amadeu Antonio Stiftung tritt für eine Gesellschaft ein, in der Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus keinen Platz haben. Hierfür unterstützt die Stiftung lokale Initiativen, die sich dauerhaft gegen menschenfeindliche Einstellungen engagieren sowie für Demokratie und den Schutz von Minderheiten eintreten. Für sie und ihr Handeln wollen wir Öffentlichkeit schaffen, ihnen mit Rat und Tat oder auch finanzieller Unterstützung zur Seite stehen.

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

»Das lassen wir uns nicht nehmen«

Flüchtlingshilfe Königshain-Wiederau
mit Sächsischem Förderpreis für Demokratie ausgezeichnet



Unterwegs auf der A13 von Berlin nach Dresden zur diesjährigen Verleihung des Sächsischen Förderpreises für Demokratie. Eine nicht wirklich einprägsame Strecke, wären da nicht die vielen Wegweiser mit Namen von symbolträchtigen Orten der jüngsten deutschen Geschichte: Hoyerswerda, Freital, Bautzen, Meißen – all diese Städte wecken Erinnerungen an rassistische Übergriffe, Gewalt und Ausgrenzung. Allein für das Jahr 2016 zählt die Chronik flüchtlingsfeindlicher Übergriffe 180 Angriffe auf Asylsuchende und ihre Unterkünfte – ausschließlich für den Freistaat Sachsen wohl gemerkt. Dass es in Sachsen aber auch zahlreiche Initiativen, Kommunen und Projekte gibt, die sich mit Geflüchteten solidarisieren, unterstreicht der jährlich ausgelobte Sächsische Förderpreis für Demokratie. Zum zehnjährigen Jubiläum bewarben sich 76 Projekte auf die Auszeichnung – sechs von ihnen wurden für den Preis nominiert und im November in Dresden ausgezeichnet. Durchsetzen konnte sich die Flüchtlingshilfe Königshain-Wiederau mit dem Projekt »Niemand flieht freiwillig«. Die Initiative ist ein Paradebeispiel dafür, wie zivilgesellschaftliche Initiativen auf geflüchtete Menschen zugehen können. Schon vor der Ankunft der ersten Geflüch-

teten formierte sich im letzten Jahr eine Gruppe engagierter Anwohner_innen, um gemeinsam Ideen zu bündeln und Konzepte für eine geeignete Unterstützung der Geflüchteten zu entwickeln. Als dann kurz vor dem letztjährigen Weihnachtsfest die ersten Schutzsuchenden ankamen, wurde nicht gezögert. Das Miteinander stand im Vordergrund, so dass täglich zahlreiche der ca. 30 Helfer_innen den Angekommenen mit Rat und Tat zur Seite standen. Als im Februar diesen Jahres die Geflüchteten verlegt werden sollten, protestierte die auf mittlerweile 150 Unterstützer_innen angewachsene Flüchtlingshilfe. Mit Erfolg. Partnerschaften wurden ins Leben gerufen und fast sämtliche Geflüchtete kamen bei Anwohner_innen unter. »Die gelebte Gemeinschaft hat uns allen geholfen. Das lassen wir uns nicht nehmen!« – so der Tenor einer Kommune, die zeigt, was Menschlichkeit ausmacht. Inzwischen wohnen alle Geflüchteten in Wohnungen in und um den Ort herum. »Rückblickend sind viele ehemalige Campbewohner Teil unserer Familien geworden und nicht mehr wegzudenken.« So beweist Königshain-Wiederau: Sächsische Verhältnisse gehen auch anders.

von Mick Prinz

Premiere trotz Brandanschlag Theater als Mittel der NSU-Aufarbeitung



Foto: Beate Uwe

GEFÖRDERTE PROJEKTE In der Nacht zum 8. November wurde das Kunst- und Kulturhaus »Lokomov« in Chemnitz Ziel eines Sprengstoffattentates – die Druckwelle schleuderte die zerbrochenen Fensterscheiben weit in den Raum hinein, die Vorhangstange wurde aus der Wand gerissen, das Feuer versengte Teile der Holzverkleidung. Mehrere Personen befanden sich zu diesem Zeitpunkt im Gebäude – verletzt wurde glücklicherweise niemand. »Es ist davon auszugehen, dass es sich um einen Einschüchterungsversuch wegen des derzeit stattfindenden Theaterprojekts »Unentdeckte Nachbarn« handelt. Das Lokomov war in vergangener Zeit immer wieder Ziel von rechtsextremen Anschlägen, unter anderem wurden mehrfach Schaufensterscheiben eingeschlagen und das Gebäude mit Farbbeuteln attackiert«, erklärte kurz darauf der Vorstand des Klub Solitaer e.V. Das Lokomov sollte einer der Spielorte des Theaterprojekts »Unentdeckte Nachbarn« sein, welches in Chemnitz und Zwickau vom 1. bis 11. November veranstaltet wurde – gefördert auch von der Amadeu Antonio Stiftung. Einschüchtern ließ man sich nicht – kurzfristig wurde ein anderer Veranstaltungsort organisiert. 5 Jahre nach Selbstaufdeckung des NSU wurde Chemnitz bewusst als Ort des Theaterprojekts gewählt, erzählt Projektleiter Franz Knoppe: »Chemnitz stand nie so im Fokus der medialen Aufarbeitung der NSU-Verbrechen, wie es bei Jena oder Zwickau der Fall war. Chemnitz kam so gut wie nicht vor, obwohl sich die drei Verdächtigen zwei Jahre lang hier versteckt haben und von der extremen Szene vor Ort unterstützt wurden. Als wir unsere Idee eines Theaterprojekts hier vorgestellt haben, haben wir viel Zustimmung erfahren. Das

zeigt mir: Chemnitz hat Interesse an einer eigenen Reflexion.« Das NSU-Trio und sein Unterstützer_innennetzwerk lebten über zehn Jahre als unentdeckte Nachbar_innen in der Region, während sie bundesweit zehn Morde, drei Bombenanschläge und zahlreiche Raubüberfälle verübten. Mit unentdeckten Nachbar_innen sind aber auch die Menschen gemeint, die zu den Opfern und Betroffenen der NSU-Verbrechen gehören, aber lange Zeit für die Morde und Anschläge verantwortlich gemacht wurden. Auf dem Theaterprojekt in Sachsen rückten zahlreiche Stücke vor allem ihre Perspektive in den Mittelpunkt. Angehörige und Betroffene wurden außerdem dazu eingeladen, selbst zu Wort zu kommen. So gab es neben zahlreichen Stücken auch die Möglichkeit, an Publikumsgesprächen, Podiumsdiskussionen und Workshops teilzunehmen. Auch die mit dem Amadeu Antonio Preis ausgezeichnete Bühne für Menschenrechte erzählt in den »NSU-Monologen« Geschichten der Opfer und Hinterbliebenen in deutscher und türkischer Sprache. Projektkoordinatorin Léonie Jeismann kritisiert den bisherigen öffentlichen Umgang mit dem NSU als weitestgehend Täter_innenfokussiert: »Wir erfuhren kaum etwas über die Hinterbliebenen.«

In Brandenburg tourte im November 2016 das ebenfalls von der Amadeu Antonio Stiftung geförderte Nö Theater aus Köln mit dem Stück »A wie Aufklärung«. Neben institutionellem und gesellschaftlichem Rassismus wurde bei dieser Theater-tour auch auf die Kontinuität und insbesondere auf die Aktualität von rechtem Terror hingewiesen, die auch der Sprengstoffanschlag in Chemnitz erneut deutlich machte.

von Teresa Sündermann

Klar und deutlich gegen Antisemitismus

Über 120 Partnerinitiativen beteiligen sich bis zum 2. Dezember mit mehr als 300 Workshops, Konzerten, Jugendbegegnungen und weiteren Veranstaltungen an den 14. »Aktionswochen gegen Antisemitismus«.

Die bundesweit größte Kampagne gegen Antisemitismus wurde von der Amadeu Antonio Stiftung ins Leben gerufen und findet dieses Jahr erstmals in Kooperation mit dem Anne Frank Zentrum statt. Wie im Vorjahr werden zudem in unterschiedlichen Städten Teile der Chronik antisemitischer Übergriffe der Amadeu Antonio Stiftung an prominente Gebäude projiziert. Eines der diesjährigen Schwerpunktthemen sind antisemitische Verschwörungsmythen. So zielt »Moishe der Molch« das Aktionswochenplakat – als Anspielung auf eine besonders groteske Verschwörungsfantasie, wonach Juden als halbauferdische reptiloide Hybride die Welt beherrschen. Für die meisten absurd, für manche lustig, in der darin zum Ausdruck kommenden Haltung aber brandgefährlich. So hält die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, Anetta Kahane, Verschwörungsmythen für die gravierendste Form des modernen Antisemitismus: »Die Verschwörungsideologie ist die Mutter alles Post-Faktischen, von dem heute so viele im Zusammenhang mit Donald Trump reden. Ohne das Post- oder Antifaktische würden Verschwörungsfantasien nicht funktionieren. Und wir leben heute in einer Zeit, in der schräge Welterklärungen und wilde Spekulationen, an deren Ende immer irgend-



ein Jude die Fäden zieht, zu unserem Alltag gehören. Wer kann da behaupten, Antisemitismus wäre heute nicht relevant?«

von Sofia Vester

Selbstbewusst engagiert

GEFÖRDERTE PROJEKTE Philipp Müller-Markmann ist Praktikant bei der Amadeu Antonio Stiftung. Hier stellt er seine zwei Lieblingsprojekte vor.

Während meiner dreimonatigen Mitarbeit in der Stiftung habe ich viele tolle Projekte kennengelernt. Besonders beeindruckt haben mich zwei, die sich für die Stärkung von Kindern und Jugendlichen einsetzen. Der Verein »Amaro Drom« ist die einzige bundesweite Jugendselforganisation von Roma und Nicht-Roma. Mit seinem Projekt »Dikhen Amen! Seht uns!« bringt er jugendliche Sinti und Roma ins Gespräch mit Gleichaltrigen, die bisher wenig oder gar keinen Kontakt zu Sinti und Roma hatten. Seit 2015 werden junge Sinti und Roma durch Empowerment-Workshops gestärkt und darüber hinaus in der Ausbildung zu Multiplikator_innen darin geübt, über ihre Situation zu sprechen und selbstbewusst in den Dialog zu treten. Im Gespräch mit Gleichaltrigen wird dann die Möglichkeit genutzt, Erfahrungen von Diskriminierung und Rassismus zu teilen und für Vorurteile gegenüber Sinti und Roma zu sensibilisieren.

Die Evangelische Kirchengemeinde im brandenburgischen Joachimsthal stärkt bereits seit über 20 Jahren das Selbstbewusstsein von Kindern und Jugendlichen. So wählen die Jugendlichen jedes Jahr ein Motto, unter welchem das jährliche Musikfest »Bands auf festen Füßen« stattfindet. Daneben werden verschiedene Aktionen selbst geplant und

durchgeführt. Unter dem diesjährigen Motto »Wir sind bunt!« bepflanzten sie im Frühling als symbolisches Zeichen gemeinsam mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen aus dem Ort ein Blumenbeet. Dieses wurde an Himmelfahrt zerstört, die Eingangstür der Kirche mit Fäkalien beschmiert. Der Frust war groß. Doch klein kriegten lassen wollten sich die Kinder nicht und bepflanzten das Beet kurzerhand neu. Ein Mädchen erklärte: »Aufzugeben würde nur Schwäche zeigen. Sie haben nicht gewonnen und sie werden nicht gewinnen. Wir haben unser Blumenbeet ja nicht speziell an sie gerichtet, sondern vor allem an die Flüchtlinge. Und für die soll es bleiben und auch wachsen.«

Das sind zwei von bisher 111 Projekten, die in diesem Jahr bereits von der Amadeu Antonio Stiftung gefördert wurden. Nächstes Jahr wird es wieder viele neue kleine, aber großartige Initiativen geben, die auf Hilfe angewiesen sind. Möglich machen das Ganze Sie mit einer Spende für eine tolerante und vielfältige Gesellschaft. Haben Sie vielen Dank.



Das Recht auf Bildung kennt keine Ausnahme

GEFÖRDERTES PROJEKT »Schule für alle!« fordert, allen zugezogenen Kindern und Jugendlichen Regelschulplätze zur Verfügung zu stellen. Die Amadeu Antonio Stiftung ist eine der vielen Unterstützer_innen der Kampagne. Denn jedes Kind – ob in Deutschland geboren oder hierher geflüchtet – hat ein Recht auf Bildung. So zumindest die Rechtslage, welche in der UN-Kinderrechtskonvention und in den EU-Aufnahmerichtlinien festgeschrieben steht. Die Praxis spricht dagegen eine andere Sprache. »Derzeit existiert das Recht auf Bildung für viele geflüchtete Kin-

der und Jugendliche nur auf dem Papier«, erklärt Timo Reinfrank, Stiftungskoordinator der Amadeu Antonio Stiftung. Auch die Landesflüchtlingsräte teilen diese Einschätzung. Es gibt eine regelrechte strukturelle Ausgrenzung: Flüchtlingskinder warten häufig vergeblich auf eine Einschulung oder werden ausschließlich in Vorbereitungsklassen unterrichtet, in denen ein Fachunterricht im vollen Umfang ausbleibt. Die Stiftung setzt sich schon lange dafür ein, Kindern mit Fluchterfahrung einen Zugang zu Bildung zu verschaffen und ein Miteinander in den jeweiligen Kommunen zu fördern. So auch mit dem Projekt »Gemeinsame Sache! – Kooperation mit geflüchteten Familien in Schulen« der Bürgerstiftung Barnim Uckermark. Über 90 geflüchteten Kindern und Jugendlichen aus Prenzlau wurde in diesem konkreten Fall der Schuleinstieg erleichtert. Außerdem konnten die Eltern in eingerichteten Familiencafés auf ein breites Informations- und Beratungsangebot zurückgreifen. Zusätzlich informierte die Amadeu Antonio Stiftung Ende November mit einer Veranstaltung in Berlin über die Rechte von Kindern in Flüchtlingsunterkünften und diskutierte mögliche Handlungsansätze. Doch es bleibt noch viel zu tun!

von Mick Prinz

Seit 2016 ist die Amadeu Antonio Stiftung anerkannter Bildungsträger der Bundeszentrale für politische Bildung und lädt in dieser Funktion regelmäßig zu Veranstaltungen ein. Wenn Sie über aktuelle Termine, Themenschwerpunkte, neue Publikationen und unterstützte Projekte informiert werden wollen, bietet sich unser monatlicher Newsletter an. Auf unserer Webseite können Sie ihn schnell und unkompliziert abonnieren.



Die AfD ist ein »Game Changer«

Ermutigen im Gespräch mit Timo Reinfrank, Politikwissenschaftler und Stiftungskoordinator der Amadeu Antonio Stiftung.



Worin unterscheidet sich die AfD von anderen Parteien?

Die AfD ist das, was man im Spiel einen »Game Changer« nennt. Die Partei verändert jedoch nicht nur das Spiel, sondern auch die Regeln, nach denen gespielt wird. Sie stellt die Gleichwertigkeit aller Menschen und den Schutz von Minderheiten ebenso infrage wie das Funktionieren unserer repräsentativen Demokratie. Dadurch greifen die klassischen Methoden der Auseinandersetzung nicht mehr, das ist wichtig zu verstehen. Hinzu kommt, dass rassistische und islamfeindliche Positionen aus der Partei indirekt Gewalt gegen Geflüchtete rechtfertigen und sich rechtsextreme Straftäter_innen durch die AfD-Wählerfolge anscheinend bestärkt fühlen.

Würden Sie sagen, die AfD stellt eine Gefahr dar?

Die AfD spricht in ihrem aktuellen Bundesparteiprogramm offen von einem »heimlichen Souverän« – einer verschworenen Elite, die sich selbst bereichere, mittels eines Kartells ihre Macht sichere

und durch Informationskontrolle die Menschen in Deutschland beherrsche. Das ist die klassische Erzählung der Rechtspopulist_innen. Zudem ist die AfD antiliberal und stellt die Legitimität verschiedener Lebensentwürfe infrage.

Welche Form der politischen Auseinandersetzung ist ratsam?

Wichtig ist es zu verstehen, wie die AfD arbeitet: Es gelingt ihr immer wieder durch ständige Tabubrüche und Eskalation, Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und sich als vermeintliche Alternative zu präsentieren. In der konkreten Auseinandersetzung erleben wir oft, wie schwer es ist, von Parteivertreter_innen konkrete Positionen zu erhalten, die Positionen wechseln zum Teil, zum anderen wird munteres Themenhopping betrieben. Wichtig ist es daher, immer wieder konkret nachzubohren und die Konsequenzen des Gesagten aufzuzeigen. Auch ist es wichtig, nicht immer nur über – beispielsweise – Geflüchtete, Schwule, Lesben oder Alleinerziehende zu sprechen, sondern sie einzubeziehen und ihre Positionen deutlich zu machen. Vergleiche mit der NPD oder anderen rechtsextremen Parteien oder die Skandalisierung von Äußerungen führen erfahrungsgemäß nicht weit. In der Auseinandersetzung muss aber deutlich werden, dass es sich bei der AfD nicht um eine »normale« Partei handelt.

Wie gehen wir mit AfD-Wähler_innen um?

Wir müssen zwischen der Partei und den Wähler_innen unterscheiden. Gleichwohl müssen wir auch den Wähler_innen deutlich machen, dass sie nicht nur »Protest« wählen, sondern damit auch antidemokratischen, antisozialen, minderheitenfeindlichen und rassistischen Positionen ihre Stimme geben. Aber auch unabhängig von der Auseinandersetzung mit der AfD muss sich die Politik fragen, wie sie die Menschen in Kleinstädten und in ländlicheren Regionen wieder einbinden können. Gerade in der Flüchtlingspolitik, auch wenn alles zum Teil sehr schnell gehen musste, sind Entscheidungen nicht transparent gemacht worden. Es wurde häufig versäumt, die Menschen vor Ort in politische Entscheidungen einzubeziehen. Eine Antwort auf Globalisierungängste können auch Möglichkeiten sein, das unmittelbare Lebensumfeld stärker mitzugestalten. Das muss man übrigens nicht zwangsläufig den Parteien überlassen, das kann man auch selbst in die Hand nehmen. Zivilgesellschaftliche Initiativen haben gerade bei der Unterstützung von Geflüchteten vorgemacht, wie großartig dies funktionieren kann. **Was erwarten Sie von den demokratischen Parteien in den kommenden Wahlkämpfen?**

In den vergangenen Wahlkämpfen hatte man das Gefühl, dass der Ernst der Lage nicht erkannt wurde. Aber wir erwarten nicht nur von den Parteien eine

klare und mutige Haltung gegen menschenfeindliche Inhalte, sondern auch von allen Vereinen, Verbänden, Organisationen und der Wirtschaft. Eine Schlüsselrolle kommt dabei auch der Verwaltung zu. Wir erleben häufig, dass sich die Verwaltung in der Auseinandersetzung mit der AfD auf ihre scheinbar neutrale Rolle zurückzieht. In der Frage der Verteidigung der Menschenrechte und des Grundgesetzes kann es jedoch keine Neutralität geben.

Als parteiunabhängige Stiftung, die sich gegen jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit engagiert, drängt die Amadeu Antonio Stiftung auf die Gleichwertigkeit von Menschen und den Schutz von Minderheiten. Durch Themenschwerpunkte wie Rassismus, Homo- und Trans*feindlichkeit, Hate Speech und digitale Debattenkultur, Jugendarbeit oder die Arbeit mit Geflüchteten ergeben sich Fragen nach dem Umgang mit rechtspopulistischen Positionen, die insbesondere von der AfD oder Parteivertreter_innen geäußert werden. So veröffentlichte die Stiftung dank der Unterstützung von Spender_innen »Nachfragen, Klarstellen, Grenzen setzen – Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD«. Für 2017 ist eine umfassend überarbeitete Neuauflage geplant, in die die Beratungserfahrungen der Stiftung mit einfließen werden.

Monitoringbericht 2015/2016

Rechtspopulistische und rechtsextreme Rhetorik im Internet haben 2015 rasant an Fahrt aufgenommen. Doch wer sind die treibenden Kräfte? Welche Akteur_innen sind relevant, welche Phänomene und Narrative sind verbreitet? Der vorliegende Bericht gibt einen Überblick rechtsextremer und menschenverachtender Phänomene in Sozialen Netzwerken sowie vorhandener Strömungen, Instrumente und Narrative der letzten anderthalb Jahre. Der Bericht kann bei der Amadeu Antonio Stiftung kostenlos bestellt werden und wird als PDF auf der Stiftungswebseite zur Verfügung gestellt.



Hoyerswerda – 25 Jahre danach!

GEFÖRDERTES PROJEKT Wenn heute mancherorts der Jubel ausbricht, wo Flüchtlingsheime in Flammen aufgehen, wenn hasserfüllte Parolen gebrüllt, Busse belagert und Menschen tätlich angegriffen werden – dann denken manche zurück. Zu Beginn der 1990er Jahre erreichte das Ausmaß rechter Gewalt im wiedervereinten Deutschland eine neue Dimension. In Hoyerswerda richtete sie sich gegen mosambikanische Vertragsarbeiter_innen und eine Unterkunft für Geflüchtete. Tagelang belagerten im September 1991 Neonazis und Bürger_innen deren Wohnheime, bedrohten, beleidigten und verletzten die Bewohner_innen. Weil sich Politik und Polizei nicht in der Lage sahen, die Angriffe auf die Geflüchteten

zu stoppen, mussten die Betroffenen unter dem Applaus und Gejohle vieler Anwohner_innen die Stadt verlassen. Die Aufarbeitung dieser Angriffe ist auch heute längst nicht abgeschlossen. Die Initiative »Pogrom 91« und die »out of focus Filmproduktion« taten sich anlässlich des 25. Jahrestages zusammen und starteten mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung die Webdokumentation www.hoyerswerda-1991.de. Hier werden vielfältige Perspektiven über Ursachen, Ablauf und Folgen der Angriffe zusammengetragen und Hintergrundinformationen zu der Situation von Vertragsarbeiter_innen und zur Strafverfolgung bereitgestellt. Aus der Geschichte lernen? Hier ist es möglich.

von Sofia Vester



© Maro/Umbruch Bildarchiv

Erneuter Rekord rechter Gewalt

2015 wurden die meisten rechten Übergriffe seit der Wiedervereinigung gezählt. Schlimmer könnte es nicht werden? Weit gefehlt.

Erst im Oktober 2016 forderte rechte Gewalt ein Todesopfer, als ein Polizist durch die Schüsse eines Reichsbürgers starb. Bereits in den ersten drei Quartalen dieses Jahres gab es laut Bundeskriminalamt 730 rechte Gewaltdelikte. Das sind 108 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Es ist zu erwarten, dass sich diese Zahl durch nachgemeldete Straftaten zusätzlich erhöhen wird. Damit bestätigt sich für 2016 eine besorgniserregende Entwicklung, die bereits von Opferberatungsstellen und auch der Amadeu Antonio Stiftung vorausgesagt wurde: Rechte werden immer gewalttätiger. Laut Tagesspiegel liegen aktuelle Zahlen in Form von Antworten der Bundesregierung auf monatliche Anfragen der Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau vor: Durch die rechten Attacken wurden 2016

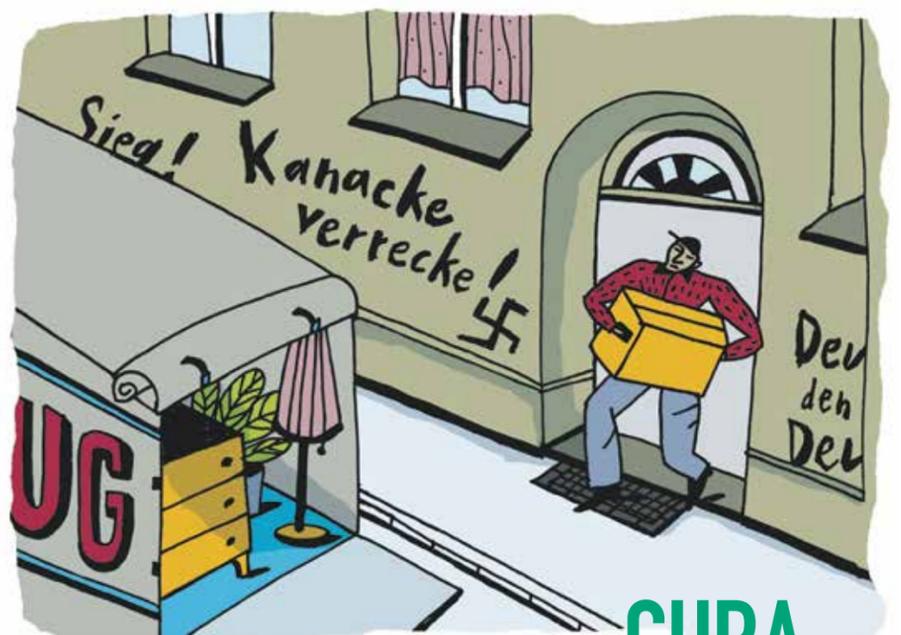
mindestens 545 Menschen verletzt. Das sind 78 Verletzte mehr als im gleichen Zeitraum 2015. Auch die Gewalt gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte hält an. Laut Bundeskriminalamt gab es bis Ende September bereits mehr als 850 Übergriffe gegen

2016 bereits 545 Verletzte durch rechte Gewalt

Geflüchtete. Damit nähert sich die Zahl bedrohlich dem dramatischen Rekord von über 1000 Angriffen im Vorjahr. Auch auf Druck der Amadeu Antonio Stiftung werden in den vom Bundeskriminalamt angeführten Statistiken erstmals jene Fälle aufgeführt, die sich außerhalb der Asylunterkünfte ereignen. Dadurch lässt sich die Gewalt gegen Geflüchtete realistischer einschätzen und der dringende Handlungsbedarf deutlich aufzeigen. Die Amadeu Antonio Stiftung drängt weiterhin auf verbesserte Schutzkonzepte, die konsequente Ermittlung und Verurteilung von Gewalttäter_innen.

von Mick Prinz

Letzter Ausweg Umzug



CURA
OPFERFONDS RECHTE GEWALT

In einer thüringischen Kleinstadt südlich von Jena ist seit Jahren eine aktive rechtsextreme Szene ansässig. Zu spüren bekam dies auch die Vorsitzende eines gemeinnützigen Vereins im Ort. Ihr Verein unterstützte Menschen in jeglichen Notlagen. In den Begegnungsräumen war jede_r willkommen, nur Ausgrenzung jeglicher Art hatte dort keinen Platz. Nachdem der Verein auch gegen Rechtsextremismus aktiv wurde, geriet die engagierte Frau ins Visier der Szene. Über Jahre war sie persönlichen Anfeindungen und Beschimpfungen ausgesetzt. Zudem gab es Anschläge auf die Vereinsräume. Im letzten Jahr wurden dann auch Fensterscheiben ihrer Wohnung eingeworfen, in der sie mit ihrer Familie lebte. Die Betroffene wollte sich nicht unterkriegen lassen, doch auch mehrere Anzeigen bei der Polizei brachten keine Konsequenzen für die Täter_innen. Es wurde immer schwieriger, unbeschwert aus dem Haus zu gehen.

Nachts wurde der Schlaf unmöglich gemacht, wenn schreiende Horden an ihrer Wohnung vorbeizogen, Böller explodierten und Fensterscheiben klirrten. Vor allem die Sorge um die Sicherheit ihrer Familie wurde größer. Um dem Albtraum ein Ende zu bereiten, entschied sich die Betroffene schließlich für einen Umzug in eine andere Stadt. Da dieser ihre finanziellen Möglichkeiten überstieg, übernahm der Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung einen Teil der anfallenden Kosten. Wenn Gefahr und Bedrohung überhand nehmen und engagierte Menschen nicht mehr weiter wissen, unterstützt der Opferfonds CURA in Kooperation mit lokalen Opferberatungsstellen schnell und unbürokratisch. Dafür sind wir auf Spenden angewiesen. Informieren Sie sich und helfen Sie mit: www.opferfonds-cura.de.

von Philipp Müller-Markmann

Diese Auszeichnung ist verdient

Die Amadeu Antonio Stiftung bekam dieses Jahr vom Bund deutscher Kriminalbeamter (BdK) den Verdienstorden »Bul le mérite« verliehen. Hans-Ulrich Jörges vom stern hielt die Laudatio:

»Das Land ist tief gespalten, gerade in den Fragen um Flüchtlinge, Migranten, Minderheiten. Und deren teils gewaltsame Gegner, ja Feinde. Die Lebenswelten in Deutschland treiben immer weiter auseinander. Bei diesem Preis aber werden dieses Jahr zwei Lebenswelten zusammen gebracht, die üblicherweise – und verkehrterweise! – nicht als verbundene oder gar verbündete betrachtet werden. Das sind sie aber, bei intelligenter, wohl verstandener Interpretation: Jene, die für die öffentliche Sicherheit verantwortlich sind, für Recht und Gesetz – beschäftigt mit Tätern und Taten; und jene, die sich um Opfer kümmern und bemüht sind, Taten vorzubeugen. In dieser Zeit der Fremdenfeindlichkeit, des Rassismus, des Hasses hätte der BdK keine bessere Preisträgerin finden können. Denn es gibt keine zweite Organisation mit solcher Breitenwirkung und solchem Erfolg auf diesem Gebiet.

Seit nun die Amadeu Antonio Stiftung einer Arbeitsgruppe des Bundesjustizministeriums gegen Hass im Internet angehört, haben Rechte und Rechtsextreme eine Kampagne wegen angeblicher

Stasi-Spitzelei im Netz entfacht. Mit unflätigen Pöbeleien, Bedrohungen und Aktionen vor und in der Stiftung. Das ist versuchter Rufmord. Die Stiftung berät das Justizministerium, niemand zensiert das Netz. Facebook selbst soll gegen Hass-Botschaften vorgehen. Denn was im Schaufenster einer Buchhandlung verboten ist, darf in Sozialen Netzwerken nicht erlaubt sein.

Ich kann mir gut vorstellen, dass die Kampagne gegen die Stiftung und ihre Vorsitzende Anetta Kahane beim BdK interne Fragen und Debatten ausgelöst hat. Ich gratuliere dazu, dass er sich davon nicht hat umwerfen lassen. Denn die Amadeu Antonio Stiftung hat diesen Preis verdient. Die Menschen, die sich bei ihr engagieren, zeigen täglich Zivilcourage, persönliche Risikobereitschaft, zivile Wehrhaftigkeit und unerschütterliche Haltung. Diesen Preis halte ich – wohl verstanden – für den wertvollsten unter jenen, mit denen die Stiftung bislang ausgezeichnet worden ist. Dazu gratuliere ich von Herzen.«



Homo- und Trans*feindlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern



Foto: Karsten Maatz

»Ich hab mich normal gefühlt, ich war ja verliebt, aber für die anderen war ich anders.« »Niemand würde fragen: Wann hast du dich entschieden, heterosexuell zu sein?« Die Zitate stammen aus Interviews, die mit Lesben, Schwulen und Trans* in Mecklenburg-Vorpommern geführt wurden. Sie sind Teil einer Expertise zu Homo- und Trans*feindlichkeit im Bundesland, die der Verein »Lola für Demokratie in MV« erarbeitet hat. Die lebensgeschichtlichen Interviews bieten einen Einblick in Alltagserfahrungen von Lesben, Schwulen und Trans*. Sie legen eine Vielzahl von Diskriminierungserfahrungen, aber auch Widerständigkeiten und Gegenstrategien der Betroffenen offen. Ein weiterer Schwerpunkt der Expertise liegt auf dem Bereich Schule – hier erfahren gerade lesbische, schwule und trans* Jugendliche häufig Diskriminierung und Ausgrenzung. Die Expertise wertet unter anderem Gruppendiskussionen aus, die mit Schüler_innen zum Thema geschlechtliche und sexuelle Vielfalt geführt wurden: Wie reden Jugendliche heute über gleichgeschlechtliche Lebensweisen? Wie über das Thema Trans*? Die Studie zeigt, dass sich ein demokratisches, von Anerkennung und

Gleichwertigkeit aller geprägtes Schulklima äußerst positiv auf Schüler_innen auswirkt, die aufgrund verschiedener Zuschreibungen als »anders« gelten. Diskriminierung kann durch eine entsprechende Atmosphäre an Schulen und eine klare Haltung von Lehrer_innen verlässlich und konsequent verhindert werden.

von Janna Petersen

Die Expertise »Homo- und Trans*feindlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern« erscheint am 5. Dezember und wird unter www.un-sichtbar-mv.de zur Verfügung gestellt.

Der Verein »Lola für Demokratie in MV« ist aus dem Projekt »Lola für Ludwigslust« der Amadeu Antonio Stiftung hervorgegangen und arbeitet aus geschlechterreflektierender Perspektive zu Fragen demokratischer Kultur und Teilhabe sowie gegen Rechtsextremismus. Die Expertise ist Teil des Modellprojekts »un_sichtbar – Lesben, Schwule und Trans* in Mecklenburg-Vorpommern. Lebensrealitäten, Ausgrenzungserfahrungen und Widerständigkeiten«, gefördert durch das Bundesprogramm »Demokratie leben!« und die Dreilinden GmbH.

IHRE SPENDE KOMMT AN!

Seit ihrer Gründung ist eines der Hauptanliegen der Amadeu Antonio Stiftung, Zivilgesellschaft vor Ort zu stärken. Was praktisch darunter zu verstehen ist, zeigt seit 1997 der Verein »Aktion Zivilcourage« in Pirna. Die Region ist geprägt von der Verankerung rechtsextremer Strukturen. Es gibt nur wenig zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich dem entgegenstellen. Dank Ihrer Spenden finanzieren wir seit mehreren Jahren eine volle FSJ-Stelle, die den Verein in seiner Arbeit bei allen Aufgaben unterstützt. Daneben wird jungen Menschen für ein Jahr politische und gesellschaftliche Arbeit sowie die Erfahrung möglich gemacht, Ereignisse aus der Nähe miterleben und beeinflussen zu können. Dass wir solchen Initiativen dauerhaft helfen können, verdanken wir der Unterstützung

unserer Spender_innen. Mehr als 1.100 Initiativen konnten wir bereits unter die Arme greifen, davon allein 111 in diesem Jahr, die sich vor Ort ganz konkret für eine demokratische Kultur einsetzen und damit Menschenverachtung und Ausgrenzung klare Kante zeigen. Sie wollen mehr davon? Dann machen Sie mit:

Spendenkonto GLS Bank
IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00
BIC: GENODEM1GLS

Spenden an die Amadeu Antonio Stiftung sind steuerlich abzugsfähig. Bitte geben Sie für die Spendenquittung bei der Überweisung im Betreffsfeld oder mit einer kurzen E-Mail Ihre Adresse mit an.

Impressum

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung, Dezember 2016
Novalisstraße 12 · 10115 Berlin
info@amadeu-antonio-stiftung.de
Redaktion: Sofia Vester und Timo Reinfrank (V.i.S.d.P.)
Gestaltung: Design

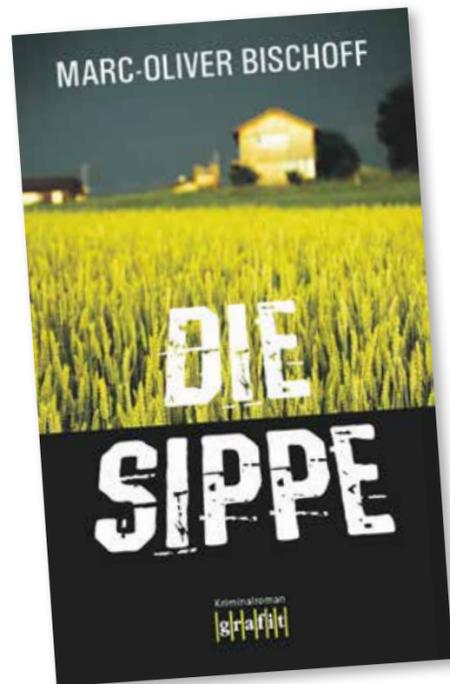
Buchempfehlung: Gefangen in der Sippe

Marius Hellwig

Wo ist sie hier bloß gelandet? Erst zögerlich wird der Protagonist des Kriminalromans »Die Sippe« bewusst, dass das idyllische Dorf Grantzow nicht bloß aus traditionsbewussten Ökobäuer_innen und Handwerkern besteht, die sich Gedanken über die Zukunft Deutschlands machen. Je mehr Zeit sie mit ihnen verbringt, desto stärker tritt ihre tief rassistische, antisemitische und von Verschwörungsmaythen geprägte Weltansicht zu Tage, die sich in dem Ziel des gewaltsamen Systemumsturzes manifestiert.

Autor Marc-Oliver Bischoff gelingt es, in seinem vierten Roman die fiktive völkische Siedlung auf sehr spannende Weise zum Leben zu erwecken. Doch die Thematik ist nicht frei erfunden: Völkische Siedlungen stellen einen immer noch weitgehend unbeachteten Versuch der rechtsextremen Raumergreifung auf dem Land dar. Sowohl in Mecklenburg-Vorpommern als auch im Norden Niedersachsens lassen sich Siedlungen und einzelne Höfe finden, die ihr Leben nach der »Blut und Boden«-Ideologie ausrichten. Demnach können nur Menschen mit »reiner arischer Abstammung« und »deutschem Blut« der deutschen »Volksgemeinschaft« angehören, die gegen alle »Volksfremden« verteidigt werden müsse.

Die Idylle entwickelt sich schnell zum apokalyptischen Alptraum. Erinnerungen an nicht enden wollende »Pannen« der Sicherheitsbehörden, die rechten Terrorismus oft so lange nicht ernstnehmen, bis es zu drastischen Gewaltausbrüchen kommt, oder, wie beim NSU-Komplex, durch ihre V-Mann-Politik selbst zum Aufbau terroristischer Strukturen beigetragen haben, machen den Roman um einiges realistischer, als seine dramatische Entwicklung zunächst vielleicht erscheinen lässt. Auch der toderne Glaube an haarsträubende Verschwörungsmaythen ist in Anbetracht der erschreckenden Gewaltbereitschaft, die die sogenannten »Reichsbürger« in den letzten Monaten deutlich machten, und der über 2.000 Waffenfunde bei Rechtsextremen im letzten Jahr viel näher an der Wirklichkeit, als es uns lieb sein kann.



Die Amadeu Antonio Stiftung empfiehlt: das perfekte Weihnachtsgeschenk für Liebhaber_innen politischer Krimis!

Die Sippe
Marc-Oliver Bischoff
Mit einem Nachwort der Amadeu Antonio Stiftung
Grafit Verlag, 317 Seiten
EUR 12,00, E-Book EUR 9,99
ISBN 978-3-89425-478-0

Was uns Mut macht

Das zurückliegende Jahr war hart – vor allem im Sommer begann der Tag mit der Sichtung neuester Beiträge, die vor allem über Soziale Medien über die Stiftung und direkt an uns gerichtet verbreitet wurden. Allein im Juli und August wurde die Stiftung über 10.000 Mal auf Twitter erwähnt – vor allem in Form von Anfeindungen, Drohungen und verleumderischen Beiträgen. Über 50 Strafermittlungsverfahren wurden daraufhin vom LKA eingeleitet, mehrere Unterlassungsverfügungen wurden gerichtlich erwirkt. Hinzu kamen Besuche im Stiftungsbüro von rechtsextremen Gruppen wie den Identitären oder Einzelpersonen – stets mit Kamera bewaffnet und auf öffentlichkeitswirksame Videos aus, die die Stiftung in Verruf bringen sollten.

Aber die letzten Monate haben uns auch vor Augen geführt, wie wichtig unsere Arbeit ist und wie viele hinter uns stehen. Persönliche und öffentliche Solidarisierungen gaben uns Kraft, auf Facebook erhöhte sich die Zahl unserer »Likes« um 30%, und erhöhte Spenden ermöglichten es uns, mehr Initiativen zu unterstützen als je zuvor.

Zu sehen, dass so viele Menschen vor Ort dranbleiben und kreativ und unnachlässig für Menschlichkeit eintreten, hat uns dieses Jahr immer wieder aufgebaut. Auch in Sachsen gab es so viele Bewerbungen für den Sächsischen Förderpreis für Demokratie wie selten zuvor.

Das macht uns Mut. Dafür aus tiefstem Herzen DANKE vom ganzen Team.

Sie finden unsere Arbeit wichtig?

Dann treten Sie ein in den »Kreis der Freunde und Förderer« der Amadeu Antonio Stiftung und engagieren Sie sich für eine demokratische Zivilgesellschaft, die rechtsextremen und menschenverachtenden Ideologien entschieden entgegentritt. Mit der Mitgliedschaft entscheiden Sie sich für eine regelmäßige Spende an die Amadeu Antonio Stiftung und erhalten als Dankeschön, sofern Sie es wünschen, neue Stiftungspublikationen und regelmäßige Einladungen zu Veranstaltungen. Unsere Kollegin Britta Kollberg freut sich über den Kontakt zu Ihnen: britta.kollberg@amadeu-antonio-stiftung.de



ICH MÖCHTE DIE AMADEU ANTONIO STIFTUNG UNTERSTÜTZEN!

- Ich spende per Lastschrift einmalig _____ €
■ Ich spende per Lastschrift _____ €
■ monatlich ■ halbjährlich ■ jährlich

Ich bin damit einverstanden, dass die Amadeu Antonio Stiftung diesen Betrag von meinem Konto einzieht. Die Einzugsermächtigung kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen widerrufen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung.

IBAN	Name, Vorname
BIC	Straße, Nr.
Name der Bank	PLZ, Ort
Datum	Telefon
Unterschrift	E-Mail

**Bitte ausschneiden und einsenden an:
Amadeu Antonio Stiftung, Novalisstraße 12, 10115 Berlin**